

Bischofsgrün, Pegnitz, 11.06.2019

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Kreistages,

**die SPD-Kreistagsfraktion stellt nachfolgenden Antrag folgenden
Beschluss zu fassen:**

Der Landkreis Bayreuth unterzieht seine künftigen Handlungen und Planungen einem Klimacheck, indem deren Klimarelevanz beschrieben und beziffert wird und räumt dem Klimaschutz höchste Priorität ein. Er handelt nach den Regeln der Nachhaltigkeit und dringt darauf, dass für den Fall, dass Klimaschutz im Sinne der Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens wie vorgesehen sowohl vom Bundesgesetz- als auch vom Landesgesetzgeber als Pflichtaufgabe staatlichen, öffentlichen und kommunalen Handels eingefordert wird, den Kommunen entsprechende Förderungen mit der entsprechenden finanziellen Ausstattung zur Umsetzung zur Verfügung gestellt werden.

Begründung:

Die Kernaussage des Pariser Klimavertrags ist die Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau. Unterschiedlichste wissenschaftliche Aussagen belegen längst, dass dieses Ziel nicht nur dringend notwendig ist, sondern kaum mehr oder nur noch mit größten und exponentiell steigenden Anstrengungen erreicht werden kann. Ein historischer Temperaturrekord jagt den nächsten, Unwetter ungeahnten Ausmaßes fegen über uns hinweg, erste weltweite Fluchtbewegungen sind längst bei uns angekommen, Trockenheit und Dürre bedrohen Fauna und Flora auch in unseren Breitengraden - um nur einigen Folgewirkungen des Klimawandels zu nennen.

Alle privaten und öffentlichen Akteure sind aufgerufen, zusätzliche, immer aufwendigere und möglicher Weise weiter einschränkende Maßnahmen zu ergreifen. In Folge dessen wird der Bund bis Ende 2019 ein Klimaschutzgesetz verabschieden, haben sich CSU und Freie Wähler in Bayern im Koalitionsvertrag vom 6.11.2018 unabhängig von den Arbeiten auf Bundesebene und so rasch wie möglich auf die Schaffung eines Bayerischen Klimaschutzgesetzes geeinigt und sich die daraufhin installierte interministerielle Arbeitsgruppe Klimaschutz zum Bayerischen Klimaschutzgesetz bereits am 2. Mai 2019 zur ersten Sitzung getroffen. Daneben rufen bereits im weltweiten Netz verschiedene Kommunen den kommunalen Klimanotstand aus, eine Forderung, die auch von der Bewegung „Fridays for Future“ entschieden vertreten wird.

In der Bewegung „Fridays for Future“ organisieren sich viele Jugendliche mit dem eindringlichen Appell an die Erwachsenen, als aktuelle Entscheider, ihrer Verantwortung für die Erreichung des Pariser Klimaschutzabkommens gerecht zu werden, wobei völlig zu Recht darauf hingewiesen wird, dass Vertagungen und Nichthandeln zu ökologischen, sozialen und ökonomischen Verwerfungen ungeahnten Ausmaßes führen und die Lebensbedingungen an allen Stellen dieses Globus mit allen bekannten Folgen wie Flucht, Kampf um Ressourcen, Artensterben, Dürren und Unwettern u. v. m. sich weiter verschlechtern und in deutlich verstärktem Ausmaß zu Tage treten werden.

Sicherlich kann der Landkreis Bayreuth alleine die Folgen des Klimawandels nicht eindämmen. Dazu ist eine breite Phalanx vernünftigen Handelns und vernünftiger Akteure erforderlich. Gleichwohl können wir beispielgebend, bewusstseinsbildend und Vorbild prägend handeln.

Viele Kommunen rufen bereits den sogenannten Klimanotstand aus. Das können auch wir gerne tun. Aber primär geht es uns nicht um eine entsprechende dramatisierende Rhetorik, sondern um die Anerkennung einer dramatischen Lage und unseren ausgeweiteten Beitrag zur Einhaltung der Klimaschutzziele von Paris, durch konkretes Handeln.

Ausdrücklich würdigen wir die bereits geleistete hervorragende Arbeit des Klimaschutzmanagements und der Regionalentwicklung und fordern eine Verstetigung und ggfls. Anpassung, auch notwendiger personeller Ressourcen, dieser Fachbereiche. Der Landkreis Bayreuth hat bereits viele klimaschützende Maßnahmen ergriffen, beispielsweise in der Förderung regionaler Handelsstrukturen oder verbesserter ÖPNV-Strukturen. **Es geht nun darum, diese zielgerichtet zu bündeln und zu priorisieren.**

Für eine zeitnahe Behandlung des Antrages wären wir erneut dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

Gezeichnet:

Stephan Unglaub, Fraktionsvorsitzender

Uwe Raab, Kreisrat

Jürgen Prinzewoski, Kreisrat